

## **Trump-Vertreter raten Zelensky zum Rücktritt - warum das unmöglich ist**

US-Officials schlagen vor, dass Selenskyj zurücktreten sollte. Doch Experten warnen: Ein Machtwechsel würde in der Ukraine politische Instabilität und einen aufwendigen Wahlprozess nach sich ziehen.



Seit Tagen haben Kabinettsmitglieder von Donald Trump angedeutet, dass der Präsident der Ukraine, Volodymyr Zelensky, möglicherweise zurücktreten sollte. Jedoch erklärten ukrainische Beamte und Analysten gegenüber CNN, dass ein Wechsel an der Präsidentschaft in Kiew eine politische Lähmung von mindestens sechs Monaten zur Folge hätte und ein dauerhafter Waffenstillstand im Krieg erforderlich wäre, bevor rechtskonforme Wahlen stattfinden könnten.

## **Herausforderungen bei Neuwahlen in der Ukraine**

Es gibt drei wesentliche Hürden für die Durchführung neuer Wahlen, so die Officials. Der stellvertretende Vorsitzende der ukrainischen Wahlkommission, Serhiy Dubovyk, erklärte, dass derzeit nur drei Viertel der Wahllokale funktionsfähig sind und die Vorbereitung für Wahlen „nach internationalen Standards“ mindestens sechs Monate in Anspruch nehmen würde.

Gemäß der ukrainischen Verfassung tritt der Parlamentspräsident im Falle eines Rücktritts des Präsidenten an seine Stelle, bis die Wahlen abgeschlossen sind. Zudem befindet sich die Ukraine zurzeit im Kriegsrecht, das Wahlen unzulässig macht, bis es aufgehoben wird. Dies bedeutet, dass ein nachhaltiger Waffenstillstand oder Frieden erforderlich wäre.

## **Zelenskys Zukunft undige im Fokus**

Das Augenmerk auf Zelenskys Zukunft ist seit den Hinweisen seiner Berater in der US-Regierung gewachsen, dass er möglicherweise nicht mehr der richtige Führer für die Ukraine sei. Am Montag reagierte Trump auf Zitate von Zelensky, der erklärte, ein Ende des Krieges sei „sehr, sehr fern“, und deutete an, dass die USA ein solches Gerede „nicht mehr lange dulden würden.“ Im Gegensatz dazu erklärte der US-Handelsminister Howard Lutnick, dass Trump kein Interesse daran habe, den ukrainischen Präsidenten abzusetzen.

Selbst zeigte sich Zelensky in einem Gespräch mit Journalisten in London skeptisch gegenüber der Idee seines Rücktritts und formulierte auf rätselhafte Weise, wie man ihn aus dem Amt bringen könnte. „Es reicht nicht aus, einfach Wahlen abzuhalten“, sagte er. „Man müsste mich daran hindern, an den Wahlen teilzunehmen ... Man müsste mit mir verhandeln“, betonte er und wiederholte, dass er zurücktreten würde, wenn die Ukraine NATO-Mitglied werden würde – was die Trump-Administration wiederholt ausgeschlossen hat.

## **Praktische Herausforderungen und**

## **internationale Standards**

Die praktischen Schwierigkeiten, eine Wahl schnell abzuhalten, sind vielschichtig, so Dubovyk. „Zunächst muss der rechtliche Aspekt der Beendigung des Kriegsrechts gegeben sein,“ erklärte er weiter.

Er betonte, dass ein Vorbereitungsprozess notwendig sei, da das Land im Krieg sei, systematische Schäden habe und nur 75 Prozent der Wahllokale, einschließlich in den besetzten Gebieten, bereit für die Wahlen seien. Dubovyk erklärte, dass der von Vertretern aller Fraktionen in der Werchowna Rada bestätigte sechsmonatige Vorbereitungszeitrahmen als realistisch anzusehen sei.

Er fügte hinzu, dass es „beschleunigt werden könnte, aber in diesem Fall ist es unmöglich, die vollständige Einhaltung aller internationalen Standards zu garantieren.“

## **Wahlen und demokratische Legitimierung in Krisenzeiten**

Dubovyk und mehrere andere ukrainische Beamte wiesen auf die logistische Herausforderung hin, etwa 7 Millionen Flüchtlingen die Stimmabgabe zu ermöglichen, sowie die von schätzungsweise einer Million ukrainischen Soldaten, die sowohl wählen als auch kandidieren wollen. Das Kremlin hat weiterhin die angebliche Illegitimität von Zelensky in den Vordergrund gerückt, was die Notwendigkeit unterstreicht, dass die Wahlen internationalen Standards entsprechen.

Wahlbefürworter betonen, dass dies, zusammen mit Russlands Geschichte der Wahlmanipulation, die es im Zuge der Orange Revolution 2004 auslöste, die Notwendigkeit verdeutlicht, die Wahlen entsprechend vorzubereiten. „Wir müssen alle Freiheiten der Bewegung und Meinungsäußerung wiederherstellen und einen wettbewerbsorientierten

Wahlprozess gewährleisten,“ sagte Olha Aivazovska von der Wahlreformgruppe Opora. Sie fügte hinzu, dass Wahlen in Kriegszeiten „unmöglich“ seien, da sie verfassungswidrig wären. „Alles, was wir jetzt aufgrund des Krieges haben, müssen wir ändern. Es geht um den Ruf und die Legitimität des ukrainischen Staates. Ohne Legitimität wird dieser Staat nicht überleben, denn Russland wird unseren Ruf beschädigen, und dann werden wir ein gescheiterter Staat sein.“

Details

**Quellen**

• [edition.cnn.com](https://edition.cnn.com)

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://die-nachrichten.at)**